

Corona-Krise und die neue Lust auf autoritäre Regierungen

Angesichts der gewaltigen Herausforderungen der Corona-Krise ist positiv zu werten, wie sie in der konsensorientierten Schweiz rasch und effektiv angegangen werden.

Bruno S. Frey und Margit Osterloh

06.04.2020, 05.30 Uhr



War die autoritäre Führung ein Grund dafür, dass China vorläufig aus der Krise fand?

Vincent Yu / AP

Das Coronavirus hat die Welt in eine grosse Krise gestürzt. Allenthalben wird eine entschiedene und rasche Politik gefordert, mit der dieses unvorhergesehene Ereignis bewältigt werden soll. Dabei wird häufig auf die Regierungen von Singapur und Südkorea verwiesen, wo autoritäre Massnahmen die Ausbreitung des Virus gestoppt hätten. Manche sehen auch die Politik der Volksrepublik China und ihrer diktatorischen Führung als Grund dafür an, dass in diesem Land neue Ansteckungen völlig vermieden wurden. Auch das hohe Wirtschaftswachstum dieser Länder wird häufig einer autoritären Führung zugeschrieben.

Selbst in gut etablierten Demokratien wie Frankreich, Italien, Österreich oder Deutschland wird nicht selten argumentiert, in einer derart grossen Krise müssten Politiker an die Macht, welche die erforderlichen Massnahmen rasch und entschieden durchsetzten und sich nicht um als kleinlich erachtete Gegenargumente kümmern. Diese Forderung ist zuweilen auch in der Schweiz zu hören.

Stimmt denn die Vorstellung, es brauche eine autoritäre Politik, um grosse Aufgaben zu bewältigen? Die australischen Autoren Stephanie Rizio und Ahmed Skali haben soeben eine umfassende Untersuchung darüber vorgelegt, ob Diktatoren die Wirtschaftslage positiv beeinflussen. Die Autoren verwenden moderne ökonometrische Methoden mit Daten über die lange Periode von 1858 bis 2010 und betrachten nicht weniger als 133 Länder. Es werden dabei die wirtschaftlichen Verhältnisse kurz vor und kurz nach Machtantritt einer autoritären Regierung statistisch analysiert; im Vordergrund steht die Frage: Sind autoritäre Herrscher fähig, das Wirtschaftswachstum zu steigern, oder kommen Politiker in eine autoritäre Position, wenn das Wirtschaftswachstum hoch ist?

Die Untersuchung führt zu drei wichtigen Ergebnissen. Erstens bewirken Autokraten häufig eine Verminderung des Wirtschaftswachstums, also genau das Gegenteil dessen, was von manchen erwartet wird. Zweitens gibt es einige wenige Autokraten, die ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zustande bringen, aber dies ist sehr selten der Fall. Eine solche Konstellation tritt nicht häufiger auf, als es dem Zufall entspricht. Drittens bewirken die wenigen wachstumsfreundlichen Autokraten nicht eine Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität, sondern reiten auf einer Welle, die schon vor ihrer Machtübernahme bestand.

Insgesamt erlaubt diese sorgfältige Untersuchung den Schluss, dass autoritäre Regierungen keineswegs notwendig sind, um ein überdurchschnittliches Wirtschaftswachstum zu erreichen. Demokratien können das besser. Ein wesentlicher Grund dafür ist die kontroverse Diskussion in offenen Gesellschaften. Diese zeigt neue Wege auf und fördert damit die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung. Demgegenüber hängen Diktaturen oft überholten und unfruchtbaren Ideologen nach, die wirtschaftlich schädlich sind.

Die Ergebnisse der erwähnten Studie lassen sich nicht direkt auf die

heutige Situation der Corona-Krise übertragen. Aber immerhin lässt sich entschieden infrage stellen, ob es wirklich autoritäre Regierungen braucht, um grosse gesellschaftliche Probleme erfolgreich anzugehen. Auch wenn die gewaltigen Herausforderungen der Corona-Krise neu sind und dringend gelöst werden müssen, ist positiv zu werten, wie sie in der konsensorientierten Schweiz angegangen werden. Dringende Massnahmen erfolgen schnell und unbürokratisch. Auch im Vergleich zu stärker zentralistisch organisierten Ländern schneidet die Schweiz gut ab. Wenn ein rascher und vollständiger Rückbau der Zwangsmassnahmen in der Wirtschaft und im Privatleben gelingt, können wir auf unsere Demokratie stolz sein.

Bruno S. Frey und **Margit Osterloh** sind ständige Gastprofessoren an der Universität Basel und Forschungsdirektoren des Center for Research in Economics, Management and the Arts (Crema), Zürich.

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG. Alle Rechte vorbehalten. Eine Weiterverarbeitung, Wiederveröffentlichung oder dauerhafte Speicherung zu gewerblichen oder anderen Zwecken ohne vorherige ausdrückliche Erlaubnis von Neue Zürcher Zeitung ist nicht gestattet.